

**Pressekonferenz zum Thema:
"Brennpunkt Kinderbildung:
Unsere Kinder in Ried verdienen MEHR"**

Ihre Gesprächspartner sind:

**SPÖ-Klubvorsitzender Mag. Michael Lindner,
Bezirksvorsitzender Bürgermeister Friedrich Hosner**

Dienstag, 07. Juni 2022 um 10:30 Uhr

Ort: Rieder Wirt, Voglweg 3, 4910 Ried im Innkreis

SPÖ-Klubvorsitzender Michael Linder: „Gerechtigkeit für Familien beginnt mit familienfreundlicher Kinderbildung im ganzen Land!“

„Ungerechte Fraueneinkommen, zu wenige Fachkräfte, NEET-Jugendliche ohne Perspektive – eine ganze Reihe großer Herausforderungen in Oberösterreich erfordern bessere Kinderbildung im Land. Dafür braucht es zuallererst zusätzliche gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter:innen. Wir als SPÖ haben daher bereits einen realistischen wie notwendigen 3-Punkte-Plan vorgelegt, der für rasche und wirksame Hilfe sorgen kann“, präsentiert SPÖ-Klubvorsitzender Michael Lindner.

Zusätzlich zum vorgelegten 3-Punkte-Plan, besucht Lindner gemeinsam mit Vertreter:innen aus den Gemeinden Kindergärten, um mit Mitarbeiter:innen und Pädagog:innen vor Ort zu sprechen. „Ich möchte wissen, wo in den oberösterreichischen Kinderbildungseinrichtungen der „Schuh drückt“ und vor welchen Herausforderungen die Mitarbeiter:innen zurzeit stehen. Mein größter Dank gilt allen Pädagog:innen, Assistent:innen und Helfer:innen, die jeden Tag ihr Bestes für unsere Kinder geben“, so Lindner.

3-Punkte-Plan für mehr Elementarpädagog:innen

Die Kernelemente des von der SPÖ vorgelegten 3-Punkte-Plans umfassen gerechtere Bezahlung, die schrittweise Verkleinerung der Gruppen und attraktivere Arbeitsbedingungen.

1. Löhne für Elementarpädagog:innen auf NÖ-Niveau anheben

In Oberösterreich existieren derzeit 4 verschiedene Gehaltsschemata für Elementarpädagog:innen. Laut Bildungsdirektion Oberösterreich variiert das Bruttogehalt in der ersten Gehaltsstufe je nach Dienstrecht selbst unter Einbeziehung von Dienstzulage und Leistungszulage von 2.085,20 Euro bis 2.510,80 Euro um mehr als 400 Euro brutto. Im benachbarten Niederösterreich ist die Gehaltssituation hingegen anders geregelt als in Oberösterreich: Hier sind Elementarpädagog:innen Landesbedienstete beim Land Niederösterreich entsprechend dem dortigen Landesschema. Das bedeutet in der Praxis eine deutlich attraktivere Gehaltssituation. Der Gehaltsunterschied kann daher zwischen 400 Euro – 1000 Euro brutto/Monat liegen (abhängig vom jeweiligen Gehaltsschema).

2. Kleinere Gruppen in den Kinderbildungseinrichtungen

Die Gruppengröße in den OÖ-Kindergärten steigt jährlich an. „Größere Gruppen bedeuten aber nicht automatisch mehr Personal – oft müssen Helfer:innen einspringen“, weiß Lindner. Dieses Problem ist beim Land Oberösterreich bereits langfristig bekannt. Seit dem Jahr 2016 besteht ein Stelzer-Erlass der Bildungsdirektion (er war zuständiger Landesrat bzw. LH-Stv.), wonach die Träger beim Land gar nicht mehr fragen müssen, wenn sie Nicht-Pädagog:innen als Leiter:innen einsetzen.

Lindner macht deutlich: „Der Personalmangel ist keine Rechtfertigung für größere Gruppen – dieses Problem ist immerhin schon seit Jahren bekannt und wird von der zuständigen Bildungsreferentin Haberlander ohne besonderes politischen Engagement zur Kenntnis genommen. Engagierte Pädagog:innen und Mitarbeiter:innen wollen mit den Kindern bestmöglich arbeiten. Dass das unter den jetzigen Bedingungen nur schwer möglich ist, hat viele engagierte Kräfte dazu veranlasst, sich beruflich anderweitig zu orientieren.“ Jährlich schließen hunderte Schüler:innen die BAFEP (Bundesanstalt für Elementarpädagogik) ab, aber nur ein Bruchteil der Absolvent:innen startet später auch tatsächlich in den Beruf als Elementarpädagog:in.

3. Arbeitsbedingungen müssen Bildungsarbeit ermöglichen

Pädagogische Arbeit kann nur funktionieren, wenn für Kinder wie auch Pädagog:innen die richtigen Rahmenbedingungen gegeben sind. Zurzeit ist dies jedoch aus mehreren Gründen nicht ausreichend gegeben. Das starre Arbeitszeitkorsett für Pädagog:innen aus Kinderdienststunden, Anwesenheitsstunden und Vorbereitungsstunden ist nicht flexibel genug für die dynamischen Herausforderungen des Alltags. Um den Beruf für moderne, motivierte Mitarbeiter:innen attraktiv zu gestalten, müssen diesen auch Möglichkeiten zur Entfaltung gegeben werden. „Mit den Kindern jausnen, ihnen beim Umziehen zu helfen und dafür sorgen, dass sich niemand verletzt ist sicher wichtig. **Wirklich motivierend ist aber die Bildungsarbeit, das gemeinsame Erlebnis, zu sehen, wie die Kinder vorwärts kommen.** Dafür müssen wir Rahmenbedingungen schaffen. Das ist am Ende des Tages wichtiger als für die Landesförderung die Zahl der anwesenden Kinder an den Randzeiten zu zählen“, so Lindner.

Gemeinsam mit den großen Trägerorganisationen und den Belegschaftsvertretungen müssen daher die Arbeitsbedingungen für Pädagog:innen von der Kinderbildungsreferentin nachgebessert werden. „In der Schule und im Kindergarten hängt nahezu alles vom Personal ab. **Ein guter Lehrer, eine gute Lehrerin kann Berge versetzen.** Dasselbe gilt jedoch auch umgekehrt. **Deshalb ist es die Pflicht der verantwortlichen Politiker:innen für motivierende Rahmenbedingungen zu sorgen.** Davon profitieren Kinder und Gesellschaft gleichermaßen“, ist Lindner überzeugt.

Bezirksvorsitzender Bürgermeister Friedrich Hosner: „Es ist Zeit, dass Beruf und Familie zusammenpassen – alle Kinder in Ried haben das Recht auf die beste Bildung“

Aufholbedarf bei Kinderbildung durch Transferentflechtung

Für die Juni-Landtagssitzung hat die SPÖ die Aufwertung der Elementarpädagogik einmal mehr zum Thema gemacht und steht dabei klar auf Seite der Gemeinden: Oberösterreichs Gemeinden fordern schon seit Jahren, dass die Verantwortung und Finanzierung der Elementarpädagogik in einer Hand liegen sollen, genauso wie die Verwaltung des Spitalswesens. Friedrich Hosner – Bezirksvorsitzender in Ried und Bürgermeister in Geiersberg – begrüßt Entlastungen zugunsten der Gemeinden: „Damit wären nicht nur Zahlungsflüsse einfacher, uns in den Gemeinden bleibt am Ende auch mehr Geld für die Kinderbetreuung“, klärt Hosner auf und führt weiter aus: „Die Gemeinden hätten mehr Spielraum bei der Umsetzung optimaler Kinderbildungsangebote wie beispielsweise eine Verkleinerung der Gruppen, die Ausweitung der Öffnungszeiten und der Schaffung von zusätzlichen Plätzen.“ Es mache Sinn, dass die Kosten der Krankenanstalten künftig vom Land alleine getragen werden, denn: „Gemeinden haben keine Mitgestaltungsmöglichkeiten im Spitalswesen“, weiß Hosner. LH Stelzer kündigte medial bereits im Juni 2018 seine Gesprächsbereitschaft über eine Reform der Finanzströme an. Eine Umsetzung blieb er jedoch bis heute schuldig. „Jetzt ist es Zeit hier endlich aktiv zu werden – zur Entlastung der Gemeinden und Verbesserung der Kinderbetreuung. Davon profitieren wir alle“, zeigt Hosner auf.

Viele offene Stellen im Innviertel

Zurzeit werden laut Bildungsdirektion Oberösterreich (www.ooe-kindernet.at) alleine im Innviertel 54 Pädagog:innen, Helfer:innen und Betreuer:innen in elementarpädagogischen Kinderbildungseinrichtungen gesucht. „Nicht inkludiert sind hier die vielen Mitarbeiter:innen, die alleine im Sommer für Urlaubsvertretungen oder zusätzliches Kinderbetreuungspersonal händeringend gesucht werden. Laut Kindertagesheimstatistik war im vergangenen Jahr nicht einmal jedes Vierte Kind zwischen 3 und 6 Jahren in einer „vollzeittauglichen Betreuung“ – jetzt kommen auch noch die vielen offenen Stellen dazu. Dass unter diesen Umständen viele engagierte Pädagog:innen frustriert das Handtuch werfen und sich beruflich anderweitig orientieren, ist daher nicht verwunderlich“, so Hosner.

Um Oberösterreich im wichtigen Zukunftsbereich der Elementarbildung voran zu bringen, tritt die SPÖ daher für ein Recht auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein. „Es muss Schluss sein mit der Bittstellermentalität, mit der Familien und die Gemeinden konfrontiert sind. Es ist inakzeptabel, dass Kindergärten viel länger geschlossen sind, als Eltern Urlaub aufbringen können“, so Hosner. Mittelfristig fordert die SPÖ daher schon seit Jahren das Recht auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr. **„Kinderbildungseinrichtungen sind keine Notlösung, wenn Eltern keine Zeit haben, sondern Partner der Familien.** Sie sorgen für optimale Entwicklung der Kinder – gemeinsam mit den Eltern und schaffen eine qualitative soziale Lernstruktur. Um dieses Potential zu heben, braucht es ein Recht auf Kinderbetreuung – für alle, die das freiwillig in Anspruch nehmen wollen“, sind sich Lindner und Hosner einig.